

Nebraska Staats-Anzeiger.

Jahrgang 20.

Lincoln, Neb., Donnerstag, 8. Juni 1899

No. 3.

Ausland-Depeschen.

Die französische Regierung zeigt den Kadavertypen die Zähne.

Urtheile über die sog. Zuchtungs-Vorlage.

Die Grabhügel von Omburman.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni.
Ueber die Vorlage zum Schutz Arbeitssünder gehen die Meinungen in den Blättern weit auseinander. Die „Arzt-“ Zeitung“ findet sie natürlich „gerecht und maßvoll“, und die „Deutsche Tageszeitung“ hat gegen sie nur formelle Bedenken. Die „Königliche Zeitung“ sieht in ihr eine „brauchbare, willkommene Grundlage zur Besserung des sozialen Friedens.“

Der „Königliche Hof“ nennt die Vorlage „gerecht und sachlich“, sie fülle die Lücke in der Gesetzgebung aus, welche durch die von den Sozialisten angelegte moralische Verwundung entstanden sei, zu welcher ihnen der allerdings die Vorlage fähige Wortlaut der Rede des Kaisers in Domburman die Handhabe geboten habe. Jetzt, wo der Wortlaut des Gesetzes bekannt ist und es jedem klar sein dürfte, daß das Gesetz sich nicht gegen die Arbeiter allein richtet, sondern eine streitbare Materie gesetzlich ordnet, welche die Gefahr bald verfliehe.

Nach den „Hamburger Nachrichten“ hält das neue Gesetz das, was in der Thronrede gesagt war; es sei daher zu bedauern, daß die Regierung die Einbringung desselben so lange verzögert habe.

Die „Werkzeitung“ befürchtet, daß durch die Vorlage unbilliger Weise ein neuer Zankapfel in das parlamentarische Leben geschaffen werden würde. Auch die „Hamburger Nachrichten“ drückt sich vorläufig und maßvoll aus: „Der Zankapfel, welchen das neue Gesetz in Domburman'schen Worten, welche die Aufmerksamkeit der Arbeiter weckt, darstellt, wird durch die Vorlage nicht beseitigt, sondern nur verlagert.“

Die „Werkzeitung“ hält die Annahme der Vorlage für unmöglich und hofft, daß der Reichstag sich nicht zwingen werde, die Vorlage, die nichts weiter ist, als ein „Ausnahmestück gegen den Arbeiterstand“, kurzer Hand zurückzuweisen.

Das „Berliner Tageblatt“ bleibt auf dem von ihm seit Jahren eingenommenen Standpunkt, daß die bestehenden Gesetze für die Regelung der Arbeiterfrage und des Erwerbsloosens vollständig ausreichen, und erklärt daher die Vorlage für nicht opportun.

Der „Vorwärts“ steht in dem Geseh die völlige Vernichtung der Koalitionsfreiheit; das heißt, die Namen der Vertriebenen werden bei der Omburman'schen Rede verlesen werden. Die „Zuchtungs-Vorlage“, in der That, was von einer Gleichstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gabelt werde, sei nur Schein. Trotzdem werde die Vorlage bei den liberalen Parteien ihre Freunde finden; und wenn sich auch das Centrum heute noch in die Brust werfe und sich den treuen Hüter der Volkssache nenne, so sei ihm doch nicht zu trauen; es werde einige Paragraphen ändern, vielleicht auch verwerfen, aber doch so viel annehmen, daß das Gesetz für die Regierung gerettet sein werde.

Der Entwurf des Gesetzes erinnere an seine ganz-n-Anlage und Tendenz an die eigentlichen Verfallener der Umstrukturierung von 1894, den Geheimen Oberregierungsrat v. Trott zu Solz, der sich zu den Intimen des Herrn v. Stumm avanciert sei.

Wie verlautet, will die Regierung mit einem anderen Ausnahme-Gesetz der sozialistischen Presse zuweilen gehen. Nach demselben soll die Veröffentlichung von Amtsgeheimnissen und Vergleichen unter Befehre Strafe gestellt werden. Die vom Ministerium des Innern referirte „Berliner Correspondenz“ sagt, das Gesetz werde sich allein auf den Verstoß von Amtsgeheimnissen beschränken, werde alle verbotenen Themata, wie die Vertheilung von Flugblättern bei Bewohnern, ausfällen und sich überhaupt nicht mit unangenehmen Fragen befassen. Das „Berliner Tageblatt“ sieht diese zweite Zuchtungs-Vorlage bereits in greifbarer Nähe.

Die „Frankfurter Zeitung“ theilt mit, daß Minister v. Mülow unermüdet zu Gunsten des Anwaltsministeriums sei, dem er als Finanzminister der nicht zu berechnenden finanziellen Folgen wegen ziemlich abweisend gegenüber gestanden habe. Seine Gründe würden vollständig das dem Ratsherrn schreibende Votum der Konventionen bestätigen.

Die „Frankfurter Rede des Großherzogs von Baden und der Kaiserin der Kaiserin, welcher dem Kaiserlichen Wilhelm die Unterstützung der deutschen Gedanken allein aufrecht, aber in „Hamburger Nachrichten“ beanstandet, welche und Verbesserungen des alten Kaisers zu citiren, aus deren hervorgeht, daß dem alten Herrn

das Aufgeben Breuhens in Deutschland, welches von Bismard geplant worden war, die schwersten innerlichen Kämpfe bereitete, und daß er die Verwirklichung der Bismard'schen Pläne, zugleich wurde der Justizminister Verber angezweifelt, gegen den Präsidenten des Schlichtungsrates, welches Debraule und Habert freisprach, disziplinarisch vorzugehen.

Der unabhängige Sozialist Lalage hat eine Interpellation wegen der Vorgänge auf dem Kuppelplatz von Auteuil eingebracht. Die Regierung will diese Interpellation sofort beantworten.

Eine große Anzahl Personen sprach im elyäischen Palaste vor und sprach sich dort ein.

Major Marchand reiste gestern Abend nach Boissy, 9 Meilen von Maccon, um seine dort lebenden Eltern zu besuchen.

Der Kriegsminister Krantz hat eine gerichtliche Untersuchung gegen Ehrenberg befohlen, weil er Dokumente des sogenannten geheimen Dossiers benutzt habe. Ueber die gegen General Hellier vorzunehmende, wegen seines Verhaltens im Prozesse gegen Eitelmann.

Der Justizminister hat dem Präsidenten der Requirirungskammer ein Schreiben geschickt, in dem er auf den Theil der Urtheilsbegründung des Cassationshofes hinweist, in dem General Mercier der ungeschiedenen Beurteilung des Kriegsgerichtes gegen Dreyfus beschuldigt wird. Die Kammer soll darüber entscheiden, ob deswegen gegen den ehemaligen Kriegsminister vorgegangen werden soll.

Der Ministerpräsident konnte sich bezüglich des Vorgehens gegen die Generale Boisdeffre und Gonse noch nicht einig.

Eine große Anzahl Senatoren, Deputirten und hoher Beamten kamen in St. Omer.

Nicolas Boulard ist wegen aufständischer Reden verhaftet. Er hatte zudem den Chef der städtischen Polizei inhaltlich angegriffen.

Paris, 6. Juni.
Heute Nachmittag kam es in der Deputirtenkammer infolge einer Ständlung der Republikanischen in tollen Szenen. Die Soldaten mußten den tollkühnen Krieger von Lagentage mit Gewalt fortjagen.

Am 2.25 erhob sich der Abg. Valoge zur Begründung seiner Interpellation. Die Hitze war groß, die Gallerien in reich geliebten Damen stark besetzt. Gleich beim Beginn der Rede entzogen sich die Damen dem Saal. Der Interpellant prius Präsident Loubet, der in einer schweren Zeit sein Amt übernommen habe, (Beifall).

Der Polierpräsident hat die Remission für Motorenwagen, welche Eigentum eines Clubs sind, deren Mitglieder sich an dem getragenen Tummel vorzuziehen begehren, geschloffen.

Ein großes Aufgebot von Polizei wird weitere Aufhebungen verhindern.

Paris, 6. Juni.
Der Matin veröffentlicht heute eine Untersuchung mit Herab, der Oberleutnant von Bon de Cham befehligte, eine Reihe wichtiger Dokumente im Hause seiner Schwiegermutter, der Frau von Liffel, Ehren-Denkmal gebracht zu haben. Unter diesen befindet sich ein langer Bericht des Generals Gonse, in welchem der Plan auseinandergesetzt wird, wie man Herab schikanen könne.

Paris, 6. Juni.
Der Abgeordnete Rioux de Lagentage rief in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wiederholt „Loubet meint es nicht ehrlich, er ist ein Panomant!“

Diese Aeusserungen hatten einen heftigen Tumult zur Folge, aber Lagentage fuhr fort, „Nieder mit Loubet!“ u. s. w. zu rufen. Die Links wüthtesten einen heftigen Sturm, wobei der Präsident die Ordnung wiederhergestellt hat, die Sitzung zu unterbrechen, um den Hauptstreiter, de Lagentage, aus dem Saal entfernen zu lassen, den dann, vom Saal bedient, den Saal verließ.

Dann wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Auf eine diesbezügliche Anfrage erwiderte der Premier: „Die Vertreter der Eleganz und guten Tons haben uns gestern eine Idee eingegeben, was Frankreich von ihrem Mithagang und ihrer Anwesenheit erwarten kann. Wir müßten, daß geheime Versammlungen stattgefunden hätten und daß Vorkehrungen für eine Demonstration getroffen wären. Wir trafen Maßregeln zu Loubets Schutz, als er nach den Kernen fuhr und von dort zurückkehrte, und unterwies ergründete sich nichts.“

Sier fiel ein Republikanist ein: „Ihr hattet ihn verborgen.“
Dupuy rief zurück: „Nein, aber Ihre Freunde verhehlten sich hinter den Rücken.“
Dies gab Anlaß zu einem neuen Tumult.

Dupuy fuhr dann in seiner Erklärung fort, die einmal durch Laßes unterbrochen wurde, welcher Dupuy zurückrief: „Sie haben den bösen Will.“ Diese Bemerkung hatte drohendes Geheiß zur Folge. Dupuy sagte, daß sämtliche Vorarbeiten von einem Richter bestraft wurden, welcher feststellen werde, ob es an einer Verschwörung betheiligt sei.

Sier rief der Conservative de Cassano: „Das Land hat die Republik satt“ und machte eine Bemerkung betreffs der geplanten Maßregeln gegen gewisse Generale.

Ausland-Depeschen.

Die Verhandlungen der Kommission auf Samoa.

Der Streit um den Rhythmus der Reichsgründung.

Die Konferenz in Bloemfontein.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni.
Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf v. Bülow, erklärte heute im Reichstage, daß es Deutschland angeht, eines möglichen Besichtigunges und seine Besichtigungen im positiven Duzan abzurufen, für seine Pflicht gehalten habe, die Carolinen, Adolphen und Palastin zu erwerben. Darauf verlas der Minister den Text des am 12. Februar 1899 mit Spanien abgeschlossenen Vertrages, in dem die Entschädigungssumme auf 25 Millionen Pesetas (\$5,000,000) festgesetzt ist. Deutschland genähert dem spanischen Handel in dem abgetretenen Archipel dieselben Vergünstigungen, wie den Deutschen, spanische Orden erhalten ebenso gleiche Rechte wie die deutschen; Spanien werden Flotten-, Handels- und Kohlenstationen gewährt. Der Vertrag unterliegt der Genehmigung der zuständigen Faktoren.

Die Erwerbung der bisher spanischen Inselgruppen im Stillen Ozean hat in Hamburg, welches auf denselben mit verhältnismäßig großen Kapitalien engagiert ist, große Freude erregt. Speziell hat Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, in dieser Angelegenheit ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser geschickt.

Es wird behauptet und geradezu verurteilt, daß der Kaiser in seiner Kaiserlichen Lauberei wieder von Kaiser Wilhelm als dem alleinigen Gründer des Reiches gesprochen hat, die Erde umher zu sehen, wie die Rede des Großherzogs von Baden in Worheim, als eine Spitze gegen Bismard betrachtet.

Die „Hamburger Nachrichten“ nehmen den Redehandlung sofort auf und sagen: „Es ist uns vollständig unbekannt, welche Gründe vorliegen, um den großen Kanjier wieder als „Handlanger“ bei der Gründung des Reiches zu bezeichnen.“ Das Blatt meint dann, es könne doch nur vermuthen und zu Vergleichs herausfordern, wenn der Kaiser in seinen Reden so oft wechsele.

Am 26. Februar 1897 sagte er in der Rede an den Bundesrat der Provinzial-Landtag: „Und das Gesetz können wir uns sogleich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes (Kaiser Wilhelm des Ersten) erinnern, dem wir unser Vaterland, das deutsche Reich verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher, tüchtige Rathgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken auszuführen zu dürfen, die aber alle nur Wertes seines erhabenen Willens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers.“

Ganz anders habe der Graf vom 2. August 1898 gelaute, der den Fürsten Bismard ehrte und seine unerschütterliche Verdienste um die Gründung des Reiches würdig anerkannte.

Diefer Graf lautete: Mit meinen hohen Verbunden und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich traunend an der Wädhre des ersten Kanzlers des deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismard, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir die Zeugen seines herrlichen Gedankens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlossten Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Beste geschafften, den vortrefflichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblicke, alle Thaten, die der große Entschlossene vollbrachte, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er erlangen, aufzuzählen. Sie sind zu gemalt und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eintragen. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation das Gedächtnis abzuliegen, daß, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und wenn es Noth thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr! Ich beauftrage Sie, diesen meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Friedrichsruh, den 2. August 1898. Wilhelm, K. R.

Das Hamburger Blatt schließt mit der Bemerkung: „Der neue Wandel im Urtheile des Monarchen, das man nun endlich nach dem letzten Erlaße über des Fürsten Verdienste als feststehend anerkennen und begrüßt, führt zu Erwägungen, welche dem Reichsgedanken nur schädlich sein können.“

Auch die „National-Zeitung“ nimmt zu derselben Sache das Wort: In der Verdringung des Volkes steht die Selbstheilung Wilhelm des Ersten unerschütterlich fest; trotzdem nenne ich nicht das Volk, sondern nur offizielle Redner „Wilhelm den Großen“, ebenso werde die Geschichte urtheilen.

Das Blatt citirt dann den Ausspruch Kaiser Sigismunds auf dem Konzil in Konstanz, der, als ihm ein grammatischlicher Fehler torrigirt wurde, sagte: „Gao sum ter Romanus et supra grammaticos.“ Die „National-Zg.“ fügt hinzu: ebenso wenig wie über den Grammatikern, steht der Kaiser über den Diktatoren.

Kunmehr ist, wie mit den Postaffekten, auch der Friede zwischen dem Postunterbeamten-Verband und dem Staatssekretär der Reichspost, General v. Roddelski, endgültig hergestellt, indem dieser Verband auf Roddelski's Verlangen seine Auflösung definitiv beschloß. Die Postunterbeamten werden künftig nur innerhalb der Oberpostbezirke zu Verbänden zusammenzutreten.

Dieser Verband hatte im Interesse des Friedens kürzlich beschloffen, den bisherigen Verbandsvorsitzenden, der durch einige scharfe Schreiben an die Centralbehörde vor allem Anstoß erregt hat, fallen zu lassen. Außerdem ist beschloffen worden, daß die Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten nicht mehr durch die Presse und den Reichstag wahrgenommen werden sollen. Mit diesen Beschloffen erhofft man die Gmuth der vorgelegten Behörde wieder erlangen zu können. Herr v. Roddelski sieht also auf der ganzen Linie.

In den Kreisen der Sozialisten soll man überlegen, ob als Antwort an den Kaiser wegen der Zuchtungs-Vorlage nicht ein Generalstreik aller Berufs-erfolgen solle.

Wie jetzt wird das Gerücht von Niemandem ernst genommen.

Der freireligiöse Prediger Woldpford in Naumburg a. d. S. erhielt ein halbes Jahr Gefängniß, weil er in einem öffentlichen Vortrag die Bibel „in einem Menschenwert“ genannt hatte.

In dem Dorfe Hammeloff in Regierungsbezirk Schleswig zerstörte ein Feuer 14 Häuser. Bei einem anderen Brande in Sadow bei Paderborn in Westfalen-Schlesien wurden zwei Personen verwundet und 12 Häuser ein Raub der Flammen.

Fortfahrend sagte v. Bülow, es sei auch eine Verhandlung mit Spanien betreffs der gegenseitigen Abfertigung von Beträgen geschaffen worden, wie sie das Interesse des Handels der beiden Länder fordere. Sobald die Cortes den Verkauf der Inseln gutheißen, werden dem Reichstag die notwendigen Vorlagen unterbreitet werden, die dann die Gelegenheit haben, die Sache eingehend zu prüfen. Bis dahin, so erwartete die Regierung, werde der Reichstag hoffentlich als internationaler Hoflichkeit eine Erörterung vermeiden.

Aber trotz dieses Eruchens griffen die Abgeordneten Bebel und Richter das deutsch-spanische Abkommen während der Debatte über die Ergänzungsvoranschläge in heftiger Weise an und kritisirten den erhorbitanten Preis, der für die Inseln bezahlt wurde, die von wenig Werth seien.

Ausland-Depeschen.

Die Verhandlungen der Kommission auf Samoa.

Der Streit um den Rhythmus der Reichsgründung.

Die Konferenz in Bloemfontein.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni.
Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf v. Bülow, erklärte heute im Reichstage, daß es Deutschland angeht, eines möglichen Besichtigunges und seine Besichtigungen im positiven Duzan abzurufen, für seine Pflicht gehalten habe, die Carolinen, Adolphen und Palastin zu erwerben. Darauf verlas der Minister den Text des am 12. Februar 1899 mit Spanien abgeschlossenen Vertrages, in dem die Entschädigungssumme auf 25 Millionen Pesetas (\$5,000,000) festgesetzt ist. Deutschland genähert dem spanischen Handel in dem abgetretenen Archipel dieselben Vergünstigungen, wie den Deutschen, spanische Orden erhalten ebenso gleiche Rechte wie die deutschen; Spanien werden Flotten-, Handels- und Kohlenstationen gewährt. Der Vertrag unterliegt der Genehmigung der zuständigen Faktoren.

Die Erwerbung der bisher spanischen Inselgruppen im Stillen Ozean hat in Hamburg, welches auf denselben mit verhältnismäßig großen Kapitalien engagiert ist, große Freude erregt. Speziell hat Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, in dieser Angelegenheit ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser geschickt.

Es wird behauptet und geradezu verurteilt, daß der Kaiser in seiner Kaiserlichen Lauberei wieder von Kaiser Wilhelm als dem alleinigen Gründer des Reiches gesprochen hat, die Erde umher zu sehen, wie die Rede des Großherzogs von Baden in Worheim, als eine Spitze gegen Bismard betrachtet.

Die „Hamburger Nachrichten“ nehmen den Redehandlung sofort auf und sagen: „Es ist uns vollständig unbekannt, welche Gründe vorliegen, um den großen Kanjier wieder als „Handlanger“ bei der Gründung des Reiches zu bezeichnen.“ Das Blatt meint dann, es könne doch nur vermuthen und zu Vergleichs herausfordern, wenn der Kaiser in seinen Reden so oft wechsele.

Am 26. Februar 1897 sagte er in der Rede an den Bundesrat der Provinzial-Landtag: „Und das Gesetz können wir uns sogleich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes (Kaiser Wilhelm des Ersten) erinnern, dem wir unser Vaterland, das deutsche Reich verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher, tüchtige Rathgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken auszuführen zu dürfen, die aber alle nur Wertes seines erhabenen Willens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers.“

Ganz anders habe der Graf vom 2. August 1898 gelaute, der den Fürsten Bismard ehrte und seine unerschütterliche Verdienste um die Gründung des Reiches würdig anerkannte.

Diefer Graf lautete: Mit meinen hohen Verbunden und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich traunend an der Wädhre des ersten Kanzlers des deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismard, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir die Zeugen seines herrlichen Gedankens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlossten Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Beste geschafften, den vortrefflichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblicke, alle Thaten, die der große Entschlossene vollbrachte, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er erlangen, aufzuzählen. Sie sind zu gemalt und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eintragen. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation das Gedächtnis abzuliegen, daß, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und wenn es Noth thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr! Ich beauftrage Sie, diesen meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Friedrichsruh, den 2. August 1898. Wilhelm, K. R.

Das Hamburger Blatt schließt mit der Bemerkung: „Der neue Wandel im Urtheile des Monarchen, das man nun endlich nach dem letzten Erlaße über des Fürsten Verdienste als feststehend anerkennen und begrüßt, führt zu Erwägungen, welche dem Reichsgedanken nur schädlich sein können.“

Auch die „National-Zeitung“ nimmt zu derselben Sache das Wort: In der Verdringung des Volkes steht die Selbstheilung Wilhelm des Ersten unerschütterlich fest; trotzdem nenne ich nicht das Volk, sondern nur offizielle Redner „Wilhelm den Großen“, ebenso werde die Geschichte urtheilen.

Das Blatt citirt dann den Ausspruch Kaiser Sigismunds auf dem Konzil in Konstanz, der, als ihm ein grammatischlicher Fehler torrigirt wurde, sagte: „Gao sum ter Romanus et supra grammaticos.“ Die „National-Zg.“ fügt hinzu: ebenso wenig wie über den Grammatikern, steht der Kaiser über den Diktatoren.

Kunmehr ist, wie mit den Postaffekten, auch der Friede zwischen dem Postunterbeamten-Verband und dem Staatssekretär der Reichspost, General v. Roddelski, endgültig hergestellt, indem dieser Verband auf Roddelski's Verlangen seine Auflösung definitiv beschloß. Die Postunterbeamten werden künftig nur innerhalb der Oberpostbezirke zu Verbänden zusammenzutreten.

Dieser Verband hatte im Interesse des Friedens kürzlich beschloffen, den bisherigen Verbandsvorsitzenden, der durch einige scharfe Schreiben an die Centralbehörde vor allem Anstoß erregt hat, fallen zu lassen. Außerdem ist beschloffen worden, daß die Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten nicht mehr durch die Presse und den Reichstag wahrgenommen werden sollen. Mit diesen Beschloffen erhofft man die Gmuth der vorgelegten Behörde wieder erlangen zu können. Herr v. Roddelski sieht also auf der ganzen Linie.

In den Kreisen der Sozialisten soll man überlegen, ob als Antwort an den Kaiser wegen der Zuchtungs-Vorlage nicht ein Generalstreik aller Berufs-erfolgen solle.

Wie jetzt wird das Gerücht von Niemandem ernst genommen.

Der freireligiöse Prediger Woldpford in Naumburg a. d. S. erhielt ein halbes Jahr Gefängniß, weil er in einem öffentlichen Vortrag die Bibel „in einem Menschenwert“ genannt hatte.

In dem Dorfe Hammeloff in Regierungsbezirk Schleswig zerstörte ein Feuer 14 Häuser. Bei einem anderen Brande in Sadow bei Paderborn in Westfalen-Schlesien wurden zwei Personen verwundet und 12 Häuser ein Raub der Flammen.

Fortfahrend sagte v. Bülow, es sei auch eine Verhandlung mit Spanien betreffs der gegenseitigen Abfertigung von Beträgen geschaffen worden, wie sie das Interesse des Handels der beiden Länder fordere. Sobald die Cortes den Verkauf der Inseln gutheißen, werden dem Reichstag die notwendigen Vorlagen unterbreitet werden, die dann die Gelegenheit haben, die Sache eingehend zu prüfen. Bis dahin, so erwartete die Regierung, werde der Reichstag hoffentlich als internationaler Hoflichkeit eine Erörterung vermeiden.

Aber trotz dieses Eruchens griffen die Abgeordneten Bebel und Richter das deutsch-spanische Abkommen während der Debatte über die Ergänzungsvoranschläge in heftiger Weise an und kritisirten den erhorbitanten Preis, der für die Inseln bezahlt wurde, die von wenig Werth seien.

Ausland-Depeschen.

Die Verhandlungen der Kommission auf Samoa.

Der Streit um den Rhythmus der Reichsgründung.

Die Konferenz in Bloemfontein.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni.
Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf v. Bülow, erklärte heute im Reichstage, daß es Deutschland angeht, eines möglichen Besichtigunges und seine Besichtigungen im positiven Duzan abzurufen, für seine Pflicht gehalten habe, die Carolinen, Adolphen und Palastin zu erwerben. Darauf verlas der Minister den Text des am 12. Februar 1899 mit Spanien abgeschlossenen Vertrages, in dem die Entschädigungssumme auf 25 Millionen Pesetas (\$5,000,000) festgesetzt ist. Deutschland genähert dem spanischen Handel in dem abgetretenen Archipel dieselben Vergünstigungen, wie den Deutschen, spanische Orden erhalten ebenso gleiche Rechte wie die deutschen; Spanien werden Flotten-, Handels- und Kohlenstationen gewährt. Der Vertrag unterliegt der Genehmigung der zuständigen Faktoren.

Die Erwerbung der bisher spanischen Inselgruppen im Stillen Ozean hat in Hamburg, welches auf denselben mit verhältnismäßig großen Kapitalien engagiert ist, große Freude erregt. Speziell hat Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, in dieser Angelegenheit ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser geschickt.

Es wird behauptet und geradezu verurteilt, daß der Kaiser in seiner Kaiserlichen Lauberei wieder von Kaiser Wilhelm als dem alleinigen Gründer des Reiches gesprochen hat, die Erde umher zu sehen, wie die Rede des Großherzogs von Baden in Worheim, als eine Spitze gegen Bismard betrachtet.

Die „Hamburger Nachrichten“ nehmen den Redehandlung sofort auf und sagen: „Es ist uns vollständig unbekannt, welche Gründe vorliegen, um den großen Kanjier wieder als „Handlanger“ bei der Gründung des Reiches zu bezeichnen.“ Das Blatt meint dann, es könne doch nur vermuthen und zu Vergleichs herausfordern, wenn der Kaiser in seinen Reden so oft wechsele.

Am 26. Februar 1897 sagte er in der Rede an den Bundesrat der Provinzial-Landtag: „Und das Gesetz können wir uns sogleich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes (Kaiser Wilhelm des Ersten) erinnern, dem wir unser Vaterland, das deutsche Reich verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher, tüchtige Rathgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken auszuführen zu dürfen, die aber alle nur Wertes seines erhabenen Willens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers.“

Ganz anders habe der Graf vom 2. August 1898 gelaute, der den Fürsten Bismard ehrte und seine unerschütterliche Verdienste um die Gründung des Reiches würdig anerkannte.

Diefer Graf lautete: Mit meinen hohen Verbunden und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich traunend an der Wädhre des ersten Kanzlers des deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismard, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir die Zeugen seines herrlichen Gedankens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlossten Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Beste geschafften, den vortrefflichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblicke, alle Thaten, die der große Entschlossene vollbrachte, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er erlangen, aufzuzählen. Sie sind zu gemalt und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eintragen. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation das Gedächtnis abzuliegen, daß, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und wenn es Noth thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr! Ich beauftrage Sie, diesen meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Friedrichsruh, den 2. August 1898. Wilhelm, K. R.

Das Hamburger Blatt schließt mit der Bemerkung: „Der neue Wandel im Urtheile des Monarchen, das man nun endlich nach dem letzten Erlaße über des Fürsten Verdienste als feststehend anerkennen und begrüßt, führt zu Erwägungen, welche dem Reichsgedanken nur schädlich sein können.“

Auch die „National-Zeitung“ nimmt zu derselben Sache das Wort: In der Verdringung des Volkes steht die Selbstheilung Wilhelm des Ersten unerschütterlich fest; trotzdem nenne ich nicht das Volk, sondern nur offizielle Redner „Wilhelm den Großen“, ebenso werde die Geschichte urtheilen.

Das Blatt citirt dann den Ausspruch Kaiser Sigismunds auf dem Konzil in Konstanz, der, als ihm ein grammatischlicher Fehler torrigirt wurde, sagte: „Gao sum ter Romanus et supra grammaticos.“ Die „National-Zg.“ fügt hinzu: ebenso wenig wie über den Grammatikern, steht der Kaiser über den Diktatoren.

Kunmehr ist, wie mit den Postaffekten, auch der Friede zwischen dem Postunterbeamten-Verband und dem Staatssekretär der Reichspost, General v. Roddelski, endgültig hergestellt, indem dieser Verband auf Roddelski's Verlangen seine Auflösung definitiv beschloß. Die Postunterbeamten werden künftig nur innerhalb der Oberpostbezirke zu Verbänden zusammenzutreten.

Dieser Verband hatte im Interesse des Friedens kürzlich beschloffen, den bisherigen Verbandsvorsitzenden, der durch einige scharfe Schreiben an die Centralbehörde vor allem Anstoß erregt hat, fallen zu lassen. Außerdem ist beschloffen worden, daß die Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten nicht mehr durch die Presse und den Reichstag wahrgenommen werden sollen. Mit diesen Beschloffen erhofft man die Gmuth der vorgelegten Behörde wieder erlangen zu können. Herr v. Roddelski sieht also auf der ganzen Linie.

In den Kreisen der Sozialisten soll man überlegen, ob als Antwort an den Kaiser wegen der Zuchtungs-Vorlage nicht ein Generalstreik aller Berufs-erfolgen solle.

Wie jetzt wird das Gerücht von Niemandem ernst genommen.

Der freireligiöse Prediger Woldpford in Naumburg a. d. S. erhielt ein halbes Jahr Gefängniß, weil er in einem öffentlichen Vortrag die Bibel „in einem Menschenwert“ genannt hatte.

In dem Dorfe Hammeloff in Regierungsbezirk Schleswig zerstörte ein Feuer 14 Häuser. Bei einem anderen Brande in Sadow bei Paderborn in Westfalen-Schlesien wurden zwei Personen verwundet und 12 Häuser ein Raub der Flammen.

Fortfahrend sagte v. Bülow, es sei auch eine Verhandlung mit Spanien betreffs der gegenseitigen Abfertigung von Beträgen geschaffen worden, wie sie das Interesse des Handels der beiden Länder fordere. Sobald die Cortes den Verkauf der Inseln gutheißen, werden dem Reichstag die notwendigen Vorlagen unterbreitet werden, die dann die Gelegenheit haben, die Sache eingehend zu prüfen. Bis dahin, so erwartete die Regierung, werde der Reichstag hoffentlich als internationaler Hoflichkeit eine Erörterung vermeiden.

Aber trotz dieses Eruchens griffen die Abgeordneten Bebel und Richter das deutsch-spanische Abkommen während der Debatte über die Ergänzungsvoranschläge in heftiger Weise an und kritisirten den erhorbitanten Preis, der für die Inseln bezahlt wurde, die von wenig Werth seien.

Ausland-Depeschen.

Die Verhandlungen der Kommission auf Samoa.

Der Streit um den Rhythmus der Reichsgründung.

Die Konferenz in Bloemfontein.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni.
Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf v. Bülow, erklärte heute im Reichstage, daß es Deutschland angeht, eines möglichen Besichtigunges und seine Besichtigungen im positiven Duzan abzurufen, für seine Pflicht gehalten habe, die Carolinen, Adolphen und Palastin zu erwerben. Darauf verlas der Minister den Text des am 12. Februar 1899 mit Spanien abgeschlossenen Vertrages, in dem die Entschädigungssumme auf 25 Millionen Pesetas (\$5,000,000) festgesetzt ist. Deutschland genähert dem spanischen Handel in dem abgetretenen Archipel dieselben Vergünstigungen, wie den Deutschen, spanische Orden erhalten ebenso gleiche Rechte wie die deutschen; Spanien werden Flotten-, Handels- und Kohlenstationen gewährt. Der Vertrag unterliegt der Genehmigung der zuständigen Faktoren.

Die Erwerbung der bisher spanischen Inselgruppen im Stillen Ozean hat in Hamburg, welches auf denselben mit verhältnismäßig großen Kapitalien engagiert ist, große Freude erregt. Speziell hat Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, in dieser Angelegenheit ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm an den Kaiser geschickt.

Es wird behauptet und geradezu verurteilt, daß der Kaiser in seiner Kaiserlichen Lauberei wieder von Kaiser Wilhelm als dem alleinigen Gründer des Reiches gesprochen hat, die Erde umher zu sehen, wie die Rede des Großherzogs von Baden in Worheim, als eine Spitze gegen Bismard betrachtet.

Die „Hamburger Nachrichten“ nehmen den Redehandlung sofort auf und sagen: „Es ist uns vollständig unbekannt, welche Gründe vorliegen, um den großen Kanjier wieder als „Handlanger“ bei der Gründung des Reiches zu bezeichnen.“ Das Blatt meint dann, es könne doch nur vermuthen und zu Vergleichs herausfordern, wenn der Kaiser in seinen Reden so oft wechsele.

Am 26. Februar 1897 sagte er in der Rede an den Bundesrat der Provinzial-Landtag: „Und das Gesetz können wir uns sogleich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes (Kaiser Wilhelm des Ersten) erinnern, dem wir unser Vaterland, das deutsche Reich verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher, tüchtige Rathgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken auszuführen zu dürfen, die aber alle nur Wertes seines erhabenen Willens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers.“

Ganz anders habe der Graf vom 2. August 1898 gelaute, der den Fürsten Bismard ehrte und seine unerschütterliche Verdienste um die Gründung des Reiches würdig anerkannte.

Diefer Graf lautete: Mit meinen hohen Verbunden und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich traunend an der Wädhre des ersten Kanzlers des deutschen Reichs, des Fürsten Otto von B